

Bildungsstätte Anne Frank  
Hansaallee 150 • 60320 Frankfurt am Main

Bundesminister Horst Seehofer  
Bundesministerium des Innern, für Bau und  
Heimat  
Alt-Moabit 140  
10557 Berlin

**Offener Brief an Bundesinnenminister Seehofer**  
**Keine Steuergelder für Geschichtsrevisionismus: Programm der Desiderius-  
Erasmus-Stiftung muss von unabhängigen Expert\*innen geprüft werden**

07.09.2018

Sehr geehrter Herr Bundesminister Seehofer,

mit großer Besorgnis verfolgen wir als Vertreter\*innen namhafter bundesdeutscher Einrichtungen der historisch-politischen Bildung, Gedenkstätten und (internationaler) Überlebenden-Organisationen sowie als Wissenschaftler\*innen im Feld NS-Geschichte und Erinnerungskultur die geschichtsrevisionistischen Haltungen und Positionen, die von Personen aus dem Umfeld der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung öffentlich geäußert werden, und möchten Ihr Ministerium zum Handeln auffordern.

Aus fachlicher Sicht ist es dringend geboten, das Programm der Desiderius-Erasmus-Stiftung im Bereich historisch-politische Bildung, Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und Erinnerungskultur einer kritischen Überprüfung durch unabhängige Expert\*innen zu unterziehen. Wenn perspektivisch öffentliche Mittel für eine Stiftung ausgegeben werden, deren Vertreter\*innen die Verbrechen der Nationalsozialisten verharmlosen und somit ein Geschichtsbild proklamieren, das weder den moralischen noch den wissenschaftlichen Standards genügt, konterkariert dies die langjährigen, erfolgreichen Bemühungen im Feld der Erinnerungspolitik und Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte. Für deren hohe Qualität erfährt die Bundesrepublik Deutschland im In- und Ausland enorme Anerkennung. Werden diese Bemühungen in Frage gestellt, könnte das der Demokratie in unserem Land langfristig massiven Schaden zufügen.

Ein aktueller Vorfall hat uns zu diesem Schreiben bewogen: Am Samstag, den 1. September 2018 verglich Max Otte, Vorsitzender des Kuratoriums der Desiderius-Erasmus-Stiftung, auf Twitter die „Vorfälle von Chemnitz“ mit dem Reichstagsbrand vom Februar 1933:

**Werden die medial völlig verzerrt dargestellten Vorfälle von #Chemnitz zum neuen #Reichstagsbrand zum Auftakt der offiziellen Verfolgung politisch Andersdenkender? #Meinungsterror #Afd #Freiheit #Demokratie**

Mit dieser rhetorischen Frage setzt Herr Otte Rechtsradikale und Neo-Nazis, die in den vergangenen Tagen in Chemnitz People of Colour, Migrant\*innen und Journalist\*innen gewaltsam angegriffen und bedroht haben, mit den Verfolgten des Nationalsozialismus gleich. Dabei handelt es sich um einen doppelten Fall von Täter-Opfer-Umkehr und um eine Relativierung der Verbrechen der Nationalsozialisten. Darüber hinaus bedient der Tweet das antisemitische Ressentiment von den angeblich gesteuerten, die Wahrheit verzerrenden Medien.

Im Falle eines erneuten Einzugs der AfD in den Bundestag würden der Desiderius-Erasmus-Stiftung perspektivisch ab 2022 Mittel in Form der Globalzuschüsse aus dem Haushalt Ihres Ministeriums gewährt. Wir wehren uns entschieden dagegen, dass aus Steuergeldern eine Stiftung finanziert wird, die ein Geschichtsbild proklamiert, das NS-Verbrechen verharmlost. Wir fordern daher die Desiderius-Erasmus-Stiftung auf, ihr Programm im Bereich historisch-politische Bildung, Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und Erinnerungspolitik offenzulegen und von unabhängigen Expert\*innen prüfen zu lassen. Wir möchten Sie in Ihrer Funktion als Bundesminister des Innern mit Nachdruck darum bitten, diese Forderung durchzusetzen und als Kriterium für mögliche Zuschüsse aus Ihrem Haushalt heranzuziehen.

Wir erleben derzeit einen erstarkenden Rechtspopulismus, mit dem ein neues Selbstbewusstsein rechtspopulistischer Akteur\*innen einhergeht sowie eine besorgniserregende Normalisierung geschichtsrevisionistischen Gedankenguts durch das Führungspersonal der AfD („Denkmal der Schande“, „Vogelschiss“). Vor diesem Hintergrund stehen Gedenkstätten und Einrichtungen der historisch-politischen Bildung zunehmend unter Druck. Holocaustrelativierung und die Verhöhnung der Opfer des NS finden inzwischen vermehrt auch an den Orten der Erinnerung und des Gedenkens statt – wie dies zuletzt der Besuch einer AfD-Gruppe aus dem Wahlkreis von Fraktionschefin Alice Weidel in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen auf erschütternde Weise illustriert: Im Rahmen des vom Bundespresseamt finanzierten Besuchs wurden von Teilnehmer\*innen die Existenz von Gaskammern in Zweifel gezogen, die KZ-Verbrechen relativiert und verharmlost.

Die politischen Stiftungen, die als Reaktion auf das Scheitern der Weimarer Republik im postnationalsozialistischen Deutschland etabliert wurden, leisten einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildung in Deutschland und sollen ein möglichst breites Publikum erreichen; dafür werden ihnen öffentliche Mittel in Form der Globalzuschüsse aus dem Haushalt des Bundesministeriums des Innern gewährt. Mit der staatlichen Förderung der Desiderius-Erasmus-Stiftung wird das zweifelhafte Geschichtsbild, welches von ihrem Führungspersonal vertreten wird, nicht nur eine offizielle Anerkennung finden, sondern perspektivisch weite Teile der Bevölkerung in einem gesellschaftspolitischen Klima erreichen, in dem es ohnehin bereits möglich ist, die Existenz der Shoa offen anzuzweifeln und zu „fake news“ zu erklären. Bleibt eine kritische Prüfung dieser Stiftung aus, setzt die Politik ein falsches Signal für die Entwicklung unserer Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank (Initiator)

Erstunterzeichner\*innen

Dr. Reiner Becker, Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. M. Brumlik, Goethe Universität Frankfurt sowie Selma Stern Zentrum für jüdische Studien, Berlin/Brandenburg

Dr. Andreas Eberhardt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“

Dr. Detlef Garbe, Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Christoph Heubner, Exekutiv Vizepräsident Internationales Auschwitz Komitee

Dr. habil. Klaus Holz, Generalsekretär der Evangelischen Akademien Deutschland

Dr. Hans-Christian Jasch, Direktor der Gedenk- und Bildungsstätte, Haus der Wannsee-Konferenz

Sanem Kleff, Vorstandsvorsitzende von Aktion Courage e.V

Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung

Prof. Dr. Doron Kiesel, Wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland

Prof. Dr. Beate Küpper, Hochschule Niederrhein

Dr. Thomas Lutz, Stiftung Topographie des Terrors

Ruediger Mahlo, Repräsentant der Claims Conference in Deutschland

Prof. Dr. Paul Mecheril, Center for Migration, Education and Cultural Studies, Universität Oldenburg

Prof. Dr. Astrid Messerschmidt, Bergische Universität Wuppertal

Prof. Dr. Benjamin Ortmeier, ehem. Leiter der Forschungsstelle NS-Pädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt/Main

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Dr. Miriam Rürup, Direktorin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden

Prof. Dr. Sybille Steinbacher, Leiterin des Fritz-Bauer-Instituts und Inhaberin des Lehrstuhls zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust am Historischen Seminar der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Dr. Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Dr. Mirjam Wenzel, Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt